



@iStock

## **Stellungnahme des Nachhaltigkeitsbeirates Brandenburg zum Policy Paper Sozialer Zusammenhalt in einer offenen Gesellschaft, Demokratie als Lebensform Übergabe an die Landesregierung: 08.01.2024**

Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft im Land Brandenburg sind dazu verpflichtet, ihren Beitrag zur Erreichung der ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Ziele im Sinne der Erhaltung der planetaren Existenzgrundlagen mit dem Bewusstsein der Dringlichkeit und mit der notwendigen Ernsthaftigkeit zu leisten. Häufig werden aber in der Öffentlichkeit die Nachhaltigkeitsziele einzig auf Klima- und Umweltschutz bezogen. Die Wechselwirkungen zwischen Mensch und Umwelt gehen häufig in der Diskussion verloren, obwohl sie sich gegenseitig bedingen. Daher begrüßt und unterstützt der Nachhaltigkeitsbeirat die Anliegen des aktuellen Policy Papers, die „sozialen“ Nachhaltigkeitsziele in den Fokus zu rücken.

Schwerpunktmäßig geht es bei der Umsetzung der sozialen Komponente der Nachhaltigkeit um vier wesentliche Ziele: (1) Fairness und soziale Gerechtigkeit; (2) Sozialer Zusammenhalt und Identifikation mit dem demokratischen Gemeinwesen; (3) Soziale, wirtschaftliche und kulturelle Teilhabe und Partizipation sowie (4) Gesundheit und Wohlbefinden. Diese vier Aspekte sind direkt mit einer Reihe der „Sustainable Development Goals“ der UN (SDGs) verbunden: Es gibt deutliche Bezüge zu SDG 1 (Keine Armut), 3 (Gesundheit und Wohlergehen), 4 (Hochwertige Bildung), 5 (Geschlechter-Gleichheit), 7 (Bezahlbare und saubere Energie), 8 (Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum), 10 (Weniger Ungleichheiten), 11 (Nachhaltige Städte und Gemeinden) und 16 (Frieden, Gerechtigkeit, und Starke Institutionen). Diese neun SDGs haben eine hohe Relevanz für das Land Brandenburg und sind zentrale Ansatzpunkte für die erforderlichen Transformationen hin zu einer nachhaltigen Zukunft.

Auf der Basis der Ausführungen des Policy Papers zu den vier zentralen Zielen der sozialen Nachhaltigkeit raten wir der Landesregierung, für das Land Brandenburg als Ganzes und unter Berücksichtigung der tatsächlichen Situation vor Ort ganz konkrete Maßnahmen nach einer entsprechenden Analyse zu entwickeln und ihre Umsetzung mit ausreichend Ressourcen auszustatten. Aus Sicht des Beirates ist es wichtig, die sozialen Nachhaltigkeitsziele beim Namen zu nennen und in die Gesellschaft, in alle Ressorts der Landesregierung und in die Politik zu kommunizieren.

Der Beirat stimmt zudem überein, dass Betriebe, soziale und öffentliche Einrichtungen, Vereine und Verbände für Jung und Alt, Orte des Kulturbetriebs, um nur einige zu nennen, ihren eigenen wichtigen Beitrag für das Land Brandenburg leisten. Demokratie und Zusammenhalt werden nach Ansicht des Beirates nur durch das Zusammenwirken aller, den Dialog und das kluge Abwägen der Politik bezogen auf eine Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern, Förderung der sozialen Nachhaltigkeit und einer inklusiven Gesetzgebung erreicht.

Der Beirat empfiehlt der Landesregierung dringend, bei der Setzung von Förderschwerpunkten durch Förderrichtlinien und bei der Aufstellung des Haushaltes einen verbindlichen „Nachhaltigkeits-Check“ vorzunehmen. Ausführliche Vorschläge dazu gab es bereits im Rahmen der 2014 beschlossenen Nachhaltigkeitsstrategie<sup>1</sup>.

Grob skizziert geht es aus Sicht des Beirates im Land Brandenburg insbesondere um folgende Prüffragen:

---

<sup>1</sup> <https://mluk.brandenburg.de/mluk/de/ueber-uns/agrar-und-umweltpolitik/nachhaltigkeit/nachhaltigkeitsstrategie/strategieumsetzung/nachhaltigkeitspruefung/>



- Werden durch den Förderschwerpunkt die ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Nachhaltigkeitsziele deutlich gefördert?
- Inwiefern profitieren die Bürgerinnen und Bürger von der Förderung?
- Welche Akteurinnen und Akteure in Brandenburg können die Nachhaltigkeitspolitik der Landesregierung durch Rat und Aktionen unterstützen?
- Welche Bürgerinnen und Bürger, Betriebe, Einrichtungen sind von der Entscheidung betroffen und wie können diese konstruktiv und auf Augenhöhe an der Entscheidungsfindung beteiligt werden? Wie werden die Entscheidungen, ihre Entstehung und ihre Auswirkungen kommuniziert?
- Wird durch die Förderung die Vielfalt der Betriebe, Einrichtungen, Verbände, der Bildungsangebote, des zivilgesellschaftlichen Engagements unterstützt?
- Inwieweit werden die Interessen der derzeitigen und zukünftigen jungen Generation gewahrt?

Aus Sicht des Beirates sollte die Landesregierung in Zukunft zu diesen Fragen immer auskunftsfähig sein. Das umfasst auch die Forderung, bei einer Entscheidung den Abwägungsprozess bspw. von Dilemmata-Situationen zwischen verschiedenen Nachhaltigkeitszielen mit einer Begründung offen zu legen.

Zudem möchten wir als Beirat nochmals hervorheben, dass soziale Nachhaltigkeit aus unserer Sicht die sozialen und kulturellen Voraussetzungen für ein dauerhaft friedliches und gerechtes Miteinander-Leben ermöglicht. Die Ziele sind nur realistisch zu erreichen, wenn sie als Querschnittsaufgabe für alle Ministerien und Behörden verbindlich verankert sind und wenn in dieser Frage Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft gemeinsam Probleme und Herausforderungen identifizieren und Lösungsräume für die verantwortlichen Entscheidungsinstanzen entwerfen.

Folgende zentralen Empfehlungen des Policy Briefs möchten wir abschließend hervorheben:

- a) Für das Land Brandenburg muss die Transformationspolitik als Querschnittsaufgabe aller Akteure aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft angegangen werden, indem Kriterien der ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Nachhaltigkeit zu einer konsistenten Politikgestaltung integriert werden. Transformationspolitik muss konkrete Projekte entwickeln, fördern und bei Bewährung flächendeckend umsetzen. Dabei können die bisherigen Erfahrungen aus vielen Initiativen, die sich bereits in der Lausitz und anderen Regionen bewährt haben, auf andere Regionen übertragen werden.
- b) Die oben erwähnten vier Zielsetzungen sind eng miteinander verflochten und bedingen sich zum Teil gegenseitig. Es gibt eine Reihe von Maßnahmen, die der Policy Brief konkret formuliert, um positive Veränderungen auszulösen, wie etwa die Förderung der aktiven Mitwirkung und Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger am wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Leben in ihrer Gemeinde sowie die Förderung des Zusammenhalts durch den Ausbau zivilgesellschaftlicher Bildungsangebote und deren flächendeckender Infrastruktur für Menschen jeden Alters durch eine entsprechende Förderung.
- c) Soziale Nachhaltigkeit kann im Zielkonflikt mit anderen Zielen der Nachhaltigkeit stehen, diese Zielkonflikte müssen konstruktiv bearbeitet werden. Nachhaltigkeit ist ein demokratischer Prozess. Wenn es Veränderungen gibt, müssen die Menschen aller Generationen und gesellschaftlichen Gruppen die Möglichkeit haben, diese zu verstehen und mitzugestalten, um sie später mittragen zu können.
- d) Eine proaktive Politik der Landesregierung zur Förderung von sozialer Nachhaltigkeit und generationsübergreifender Fairness im Umfeld der ökologischen, wirtschaftlichen und kulturellen Nachhaltigkeit ist essenziell. Um eine nachhaltige Entwicklung konsequent und zielführend zu verfolgen, braucht das Land eine integrative politische Steuerung. Diese benötigt eine ressortübergreifende



Strategie, um die Themen soziale Gerechtigkeit und Teilhabe sowie das Ziel einer möglichst hohen und doch maßhaltenden Lebensqualität für alle unter Einhaltung der planetaren Grenzen parallel anzugehen. Es ist wichtig, dass sich im Land Brandenburg eine auf den Werten der sozialen Nachhaltigkeitsziele basierenden Vision zum Umgang mit den Krisen und Herausforderungen der Gegenwart wie der Zukunft entwickelt und diese auch von den Regierungsverantwortlichen kommuniziert und verfolgt wird.

### **Der Beirat**

Prof. Dr. Drs. h.c. Ortwin Renn, ehem. wissenschaftlicher Direktor am Forschungsinstitut für Nachhaltigkeit (RIFS), Vorsitzender

Prof. Dr. Gesine Grande, Präsidentin der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg (BTU), stellvertretende Vorsitzende

Prof. Dr. Ottmar Edenhofer, Direktor und Chefökonom des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), Direktor des Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC), Professor an der TU Berlin

Silke Hansen, Mitglied des Vorstandes des Landesjugendrings Brandenburg, Studienleiterin für Jugendarbeit der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

Rüdiger Kuhn, Vertreter von Pro Brandenburg und Vorstandsvorsitzender der CEMEX Deutschland

Prof. Dr. Uta Steinhardt, Vizepräsidentin der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE)

Brandenburg, 08.01.2024